

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2024

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 1

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

NACH ANGRIFF AUF SPD-POLITIKER: Hunderte bei Demonstration in Dresden

05.05.2024, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nach dem Angriff auf den SPD-Politiker Matthias Ecke haben rund 3000 Menschen in Dresden für Demokratie und gegen Gewalt demonstriert. Sie versammelten sich am frühen Sonntagabend im Stadtteil Striesen. Dort war Ecke am Freitagabend von vier jungen Männern beim Aufhängen von Wahlplakaten zusammengeschlagen worden.

Ostdeutschland habe 1989 die Demokratie erstritten und erkämpft, sagte Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) zum Auftakt¹. „Und wir werden nicht weichen gegen diejenigen, die die Demokratie verächtlich machen.“ Und man werde erst recht nicht weichen, „wenn einer von uns Gewalt erfahren muss“, betonte die Politikerin. „Wir sind das Volk“, sagte Göring-Eckardt weiter. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren auch die Bundesvorsitzende der SPD, Saskia Esken, Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne) und Sachsens Justizministerin Katja Meier (Grüne).

Zwei Bündnisse hatten nach den jüngsten Attacken auf Politiker und Wahlkampfhelfer für Sonntag zu spontanen Demonstrationen in Berlin und Dresden aufgerufen. Das Internetportal „Zusammen gegen Rechts“ und das Bündnis „Wir sind die Brandmauer Dresden“ veröffentlichten entsprechende Aufrufe auf ihren Instagram-Kanälen. „Gewalt hat keinen Platz in unserer Demokratie!“, hieß es darin.

In Berlin versammelten sich vor dem Brandenburger Tor am Abend rund 1.000 Menschen. Als Redner waren unter anderem SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert und Klimaaktivistin Luisa Neubauer angekündigt. (...)

Unter dem Motto „Bis hierhin und nicht weiter“ haben sich unterdessen Politiker fast aller großen Parteien gemeinsam gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung gewandt und sich gegenseitigen Respekt zugesagt. Bis Sonntagnachmittag hatten weit mehr als 100 Abgeordnete diverser Parlamente die sogenannte Striesener Erklärung unterschrieben. Nach dem Angriff auf Ecke wendet sie sich gegen „die immer weiter eskalierende Gewalt gegen politisch engagierte Menschen im öffentlichen Raum“. Die Vorsitzenden von SPD, Grünen und Linken sowie Abgeordnete der Union haben unterzeichnet. Nach einem Bericht im „Spiegel“ habe aber niemand von der AfD unterschrieben; dies solle auch nicht zugelassen werden.

In der Erklärung heißt es: „Uns verbindet zuweilen inhaltlich politisch nicht viel – manchmal nichts. Wir sind in den Farben getrennt, aber in dieser Sache vereint. Darum sagen wir: Bis hierhin und nicht weiter. Der Schlag ins Gesicht von Matthias Ecke war ein Schlag gegen uns alle – und gegen die Demokratie selbst.“ Menschen, die die Gesellschaft aktiv mitgestalten wollten, dürften nicht von Demokratiefeinden mit Gewalt von der Straße vertrieben werden. „Wir streiten mit Worten um den richtigen Weg, nicht mit Fäusten²“, hieß es weiter. „Wenn wir zulassen³, dass Tritte und Schläge statt der besseren Argumente unsere Debatten entscheiden, verlieren wir alle.“ Die Unterzeichner versprachen: „Wir sorgen mit einem respektvollen Umgang auch selbst dafür, dass die Stimmung nicht weiter aufgeheizt wird.“

¹ Zum Auftakt : en guise d'ouverture, au début

² Die Faust (pluriel : Fäuste) : le poing

³ Etwas zu-lassen = etwas erlauben

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2024

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 2

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Nicht nur Politik: Die Macrons sind in Deutschland

DEUTSCHE WELLE / 25.05.2024 / Christoph Hasselbach

[...] Bei einem Staatsbesuch steht gar nicht die Politik, sondern die Begegnung mit Land und Leuten im Vordergrund. Gastgeber ist nicht der Bundeskanzler, sondern der Bundespräsident. Stationen der Reise des Präsidentenpaars sind neben Berlin auch Dresden und Münster, wo Emmanuel Macron mit dem Internationalen Preis des Westfälischen Friedens ausgezeichnet werden soll.

Eigentlich sollten Emmanuel und Brigitte Macron im vergangenen Juli nach Deutschland kommen, der Präsident sagte damals aber wegen der Unruhen in Frankreich ab. Sehr viel ruhiger ist es für Macron auch jetzt nicht: Die Europawahl steht vor der Tür, und in Frankreich dürfte nach Umfragen der rechtspopulistische Rassemblement National von Marine Le Pen stärkste Partei werden.

Außerdem hat eine Umfrage für das Eurobarometer im Februar eine deutliche EU-Müdigkeit unter den Franzosen gezeigt. Demnach genießt zum Beispiel das Europaparlament von allen 27 EU-Nationen in Frankreich das geringste Ansehen - ausgerechnet in dem Land, in dem das Parlament tagt und das zusammen mit Deutschland als Motor der EU gilt.

"Unser Europa kann sterben" - mit diesen aufrüttelnden Worten hatte Macron vor einem Monat an der Pariser Universität Sorbonne für mehr Souveränität und mehr gemeinsame Verteidigung für Europa geworben - simultan auf Deutsch übersetzt.

Es ist nicht das erste Mal, dass Macron große europapolitische Visionen entwirft. Schon 2017 hatte er das getan und zum Beispiel einen europäischen Finanzminister gefordert. Damals war er in Berlin bei der christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel abgeblitzt¹. Diesmal lobte Olaf Scholz auf X die "guten Impulse" der Rede für Europa, blieb aber konkrete Antworten schuldig.

Dabei geht es auch um unterschiedliche Mentalitäten, glaubt Marc Ringel, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Visionen seien "eine sehr französische Variante, die Sicht der Dinge zu erklären, die man so in Deutschland nicht finden würde", sagt er. "Helmut Schmidt sagte: 'Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.' Das ist, glaube ich, die nüchterne deutsche Lesart."

Aber auch in vielen Einzelfragen bestehen derzeit deutliche politische Meinungsunterschiede: Paris setzt eindeutig auf Kernkraft, Berlin hat die letzten Atommeiler trotz Energieknappheit abgeschaltet. Macron hat Bodentruppen im Ukraine-Krieg nicht ausgeschlossen, Scholz lehnt sie kategorisch ab. Sowohl die Pläne eines deutsch-französischen Kampfpanzers als auch die eines Kampfflugzeugs kommen nur schleppend voran. Macron will, dass Deutschland bei seinen Rüstungsplänen europäische, nicht zuletzt französische Firmen beauftragt, Deutschland kauft auch gern bei den Amerikanern ein.

"Verteidigung war schon immer ein schwieriges Thema zwischen Deutschland und Frankreich, weil wir an dieser Stelle unterschiedliche Sicherheitskulturen haben", sagt Marc Ringel. "Da haben wir auf deutscher Seite eine sehr enge Anlehnung an die NATO". Dagegen stehe "die strategische Autonomie, die Frankreich für sich in Anspruch nimmt".

¹ Bei jemandem abgeblitzt sein = bei jemandem mit etwas abgewiesen werden, keine Gegenliebe finden

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2024

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 3

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Sollen Arbeitgeber vor der AfD warnen?

Ein Kommentar von Sven Astheimer - 17.05.2024, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Mehr als 30 Konzerne, davon viele aus dem Leitindex Dax, haben sich in der Initiative „Wir stehen für Werte“ zusammengeschlossen und appellieren an ihre mehr als 1,7 Millionen Mitarbeiter allein in Deutschland: „Gib Deiner Stimme Wert bei den Europawahlen am 9. Juni 2024.“ Die Chefinnen und Chefs der beteiligten Unternehmen fordern in Videobotschaften dazu auf, sich gegen Populismus und Extremismus zu stellen und für „unsere Werte“ einzustehen: gegen Hass und Populismus und für Offenheit und Vielfalt als Basis des Wohlstands. Eine Aktion, die die Gemüter erregt: Handelt es sich um eine opportunistische Konzession an den Purpose-Zeitgeist oder vielmehr um ein überfälliges¹ Zeichen in Zeiten, in denen die politischen Ränder erstarken und das geeinte Europa vor einer Zerreißprobe steht?

Es lohnt, für die Debatte ein anderes Datum in diesen Tagen in den Blick zu nehmen: Am 23. Mai feiert das Grundgesetz seinen 75. Geburtstag. Seit einem Dreivierteljahrhundert garantiert es unter anderem das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sowie die allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl des Bundestags. Als Lehre aus der Weimarer Republik und zum Schutz vor einer Aushöhlung² von innen haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes das Konzept der wehrhaften Demokratie erdacht: ein System, das sich gegen seine Feinde zur Wehr setzen kann und soll, bis hin zum Verbot. Das heißt jedoch im Umkehrschluss, dass Demokraten alles aushalten müssen, was nicht verboten ist – und sei es bisweilen noch so schwer zu ertragen. (...)

Kein Bürger muss sich also für sein Verhalten an der Wahlurne rechtfertigen – auch nicht für sein Fernbleiben. Ebenso gilt: Kein Mitarbeiter muss sich von seinem Arbeitgeber bei dieser Entscheidung reinreden lassen. Im Gegenteil: Arbeitgeber haben politisch neutral zu sein. Sie können jedoch generell zur Teilnahme an Wahlen animieren und ihren Angestellten Werte nahelegen. Es geht der Allianz nach eigenem Bekunden³ nicht nur um die Sorge vor mangelndem Interesse an der Wahl des Europäischen Parlaments, sondern auch gerade um die Inhalte – und da fängt die Grauzone an. Beinhaltet etwa das allgemeine Ja zur Vielfalt auch schon ein konkretes Nein zur Forderung nach einer stärkeren Kontrolle der Zuwanderung? Und wer definiert eigentlich, wo Populismus anfängt und aufhört?

Niemand der mehr als 30 Manager macht in der durchorchestrierten Kampagne den Fehler und nimmt den Namen AfD in den Mund. Aber der Elefant steht unausweichlich im Raum. Eine Partei, deren Unterorganisation Flügel vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wird, und deren Vorsitzende schon mal den deutschen EU-Austritt ins Spiel bringt. Letzteres wäre ein verheerender Schritt für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. Dass die Wirtschaft vor solchen Folgen warnt, ist richtig und wichtig.

¹ Überfällig : en retard, en souffrance, qui aurait dû être fait depuis longtemps

² Die Aushöhlung : le fait de saper quelque chose

³ Nach eigenem Bekunden : comme ils l'affirment eux-mêmes

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2024

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 4

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Greenlash: In der EU wächst der Widerstand gegen grüne Reformen

Nach Jakob Pallinger, derstandard.at, 23. 02. 2024

In vielen EU-Ländern protestierten Landwirte, Unternehmen, Politiker und andere Gruppen in den vergangenen Monaten gegen Maßnahmen des Green Deals der EU. Dessen Ziel ist es, bis 2050 klimaneutral zu werden. Bis 2040 sollen 90 Prozent der Emissionen reduziert werden. Viele Kritiker sehen im Green Deal einen zu großen Einschnitt¹ und fordern einen Stopp weiterer Maßnahmen. In vielen Ländern wächst deshalb kurz vor der Europawahl im Juni eine Anti-EU-Haltung, von der laut Experten vor allem rechtspopulistische Parteien profitieren könnten.

"Greenlash" nennt die italienische Politikwissenschaftlerin Nathalie Tocci diese Entwicklung: eine Kombination aus green (grün) und Backlash (Rückschlag²). "Die Energiewende ist mit einer Revolution vergleichbar: Sie führt zu Gewinnern, aber auch zu Verlierern", sagt Tocci, die Direktorin des IAI³ in Rom. Es sei erwartbar gewesen, dass die Verlierer oder die, die sich als Verlierer fühlen, ihre Stimmen hörbar machen. "Noch nie zuvor hat es einen derart großen Widerstand gegen grüne Maßnahmen gegeben."

Laut einer Eurobarometer-Studie von 2022 denken zwar 57 Prozent der Menschen in der EU, dass Klimaschutzmaßnahmen künftig mehr Jobs schaffen als vernichten. Allerdings gehen nur 46 Prozent davon aus, dass nachhaltige Energie und Produkte auch für alle leistbar⁴ sein werden. Viele geben an, sich wegen der Kosten für Klimaschutzmaßnahmen zu sorgen. Eine andere Studie der Organisation Project Tempo von November 2023 kam zu dem Ergebnis, dass vor allem Wähler*innen, die finanziellen Sorgen haben und sich von der Politik entfremdet fühlen, zu jenen gehören, die sich am meisten am Widerstand gegen grüne Maßnahmen beteiligten. Diese "vergessenen Wähler" machen laut Studie rund 20 bis 30 Prozent der Wählerschaft in der EU aus. (...)

Schon jetzt hinkt die EU hinter ihrem ersten Ziel nach, bis 2030 ihre CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent zu verringern. Die Emissionen müssen in den kommenden Jahren drastisch⁵ sinken, um dieses Ziel noch zu erreichen. Dafür brauche es auch Veränderungen in der Landwirtschaft und bei der Energieeffizienz von Gebäuden – Maßnahmen, die politisch nicht immer populär sind. Eine Studie des britischen Meinungsforschungsinstituts Yougov von 2023 zeigte: Je mehr eine Klimaschutzmaßnahme zu Veränderungen im Lebensstil der Menschen führen würde, desto weniger Zustimmung erhielte sie.

Dennoch: Der Großteil der Bevölkerung sorgt sich um die Auswirkungen des Klimawandels. "Die grüne Agenda wird nicht so schnell wieder aus dem Blickfeld verschwinden", sagt Tocci. Um einen Greenlash künftig abzufedern⁶, brauche es laut Tocci mehr Unterstützung für Haushalte und Unternehmen, die sich notwendige Veränderungen und Anpassungen nur schwer leisten können. Zugleich brauche es aber auch eine richtige Kommunikation.

¹ der Einschnitt: ici, le tournant

² der Rückschlag ("e) = der Misserfolg (e)

³ Das IAI : Istituto Affari Internazionali

⁴ leistbar= bezahlbar

⁵ drastisch = deutlich

⁶ ab/federn : atténuer

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2024

--

Épreuve orale d'ALLEMAND

Sujet n° 5

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Warum die Politik oft an der Jugend vorbeiregiert

Der Spiegel- 25.5.2024- (Die Krisenkinder stehen auf)

Sabine Andresen ist Jugendforscherin an der Goethe-Universität in Frankfurt. Die 58-Jährige hat analysiert, wie Politiker die Beteiligung der Kinder verhindern. „Sie argumentieren mit klassischen Abwertungen, es heißt dann, Jugendliche seien weder kompetent noch interessiert und ernsthaft genug, um in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden“, sagt die Forscherin. Für sie sind das faule Ausreden: „Solche Argumente verdecken natürlich, dass es um Macht geht.“ Jugendliche mitsprechen zu lassen bedeute, Kontrolle zu teilen. Welche Politikerin, welcher Politiker macht das schon gern?

Man kann das Problem an der Debatte über das Wahlalter beobachten. Bei der Europa-Wahl dürfen 16-Jährige abstimmen, außerdem bei Landtagswahlen in sechs Bundesländern. Bei der Bundestagswahl aber nicht. Die Ampel versucht, das Wahlalter auch auf Bundesebene auf 16 herabzusetzen. Weil dafür die Verfassung geändert werden muss, ist im Bundestag und im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit nötig. Bei der CDU heißt es jedoch, wer noch keinen Mobilfunkvertrag abschließen oder eine Wohnung mieten darf, könne nicht über die Geschichte des Landes mitbestimmen.

Die Politologin Julia Reuschenbach sagt, das Wahlalter abzusenken sei „kein Allheilmittel“, um der Jugend gerecht zu werden. „Entscheidend ist die Frage, ob junge Menschen sich auch wirklich in der Politik wiederfinden, die sie mitwählen dürfen.“ Die Bilanz der Ampel in dieser Disziplin? „Uneindeutig“, sagt Reuschenbach. Gesellschaftspolitisch habe die Regierung einiges bewegt, was jungen Menschen wichtig sei, beim Staatsangehörigkeitsrecht etwa und mit dem Selbstbestimmungsgesetz. „In anderen Feldern wie der Rente, bezahlbarem Wohnraum, Digitalisierung und Klimaschutz ist allerdings Luft nach oben.“

Deutschland ist ein überaltertes Land, bei der Bundestagswahl 2021 waren fast 40 Prozent der Wahlberechtigten 60 Jahre alt und älter, Tendenz steigend. An die Macht kommen Politiker und Politikerinnen größtenteils mit den Stimmen der Älteren. Es ist ein heikles Unterfangen für Politikerinnen und Politiker, mit der Jugend zu kommunizieren. Olaf Scholz zeigte seinem Tik-Tok-Publikum kürzlich den Inhalt seiner Aktentasche: „Da drin sind natürlich, das wundert jetzt keinen, Akten.“ Der CSU-Chef Markus Söder verlor in einem Video auf seinen Social-media-Kanälen fußballgroße Schokoeier mit seinem Konterfei¹ darauf. „Weil sie so groß und so stark sind“, sagte Söder über die Eier. Die FDP präsentierte im April auf ihrem Parteitag eine Neugestaltung des Bundesadlers: ein graues Küken mit Knopfaugen. Es sah aus, als wäre es einem Comic entsprungen. Das sind die verzweifelte Versuche der deutschen Politik, jung und modern zu wirken.

In den Parteien kümmern sich die Generalsekretäre um solche Fragen. Carsten Linnemann (CDU) sagt: „Die politischen Inhalte und Werte sind nicht das Problem, die Herausforderung liegt darin, Jugendliche damit zu erreichen.“ (...) Kevin Kühnert, Generalsekretär der SPD, sagt, eine Partei sei „bestenfalls ein Querschnitt der Gesellschaft“. „Wir sollten nicht so tun, als wären wir ein Jugendklub, denn das sind wir nicht. Aber wir wollen ein Ort sein, an dem junge Menschen gleichberechtigt mitbestimmen. Man darf nicht an der Wirklichkeit junger Menschen vorbeikommunizieren.“

¹ Der Konterfei : l'effigie ; etwas verlosen : proposer qch comme cadeau d'une loterie